Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5722

08. 10. 96

Antrag

des Abgeordneten Werner Schulz (Berlin) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aufbau Ost wirksam voranbringen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Deutsche Vereinigung ist längst nicht abgeschlossen. Noch immer bestehen erhebliche gesellschaftliche Unterschiede und Probleme zwischen Ost und West. Der Aufbau Ost ist weitaus langwieriger, als die blumigen Versprechungen der Bundesregierung vorgetäuscht haben. Die Solidaritäts- und Transferleistungen des Westens an den Osten bleiben daher unverzichtbar. Sie allein bieten jedoch noch keine Garantie, die Gräben zu überwinden und den Prozeß der inneren Einheit voranzubringen. Angesichts der knappen Staatsfinanzen besteht sogar die Gefahr von Verteilungskämpfen und einer Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung zwischen Ost und West. Noch immer fehlt ein politischer Entwurf für das vereinte Deutschland.

   Die Chancen für einen gerechten Lastenausgleich zwischen Ost und West wurden leichtfertig vertan. Die Verabschiedung des sog. Sparpakets der Bundesregierung ist die unmittelbare Folge einer völlig falschen Politik der Finanzierung der deutschen Einheit. Um sich an der Macht zu halten, hat die Regierung Kohl darauf verzichtet, den Aufbau Ost alleine aus Steuermitteln zu finanzieren. Stattdessen wurden Schulden gemacht und die Sozialversicherungen zur Finanzierung der Einheit herangezogen. Vieles von dem, was den Menschen, vor allen Dingen den sozial Schwachen, jetzt zugemutet wird, ist ein Ergebnis der verfehlten Einheitspolitik der Bundesregierung. Die Bereitschaft der Gesellschaft, zu teilen und die für die Einheit erforderlichen Lasten solidarisch zu tragen, ist zurückgegangen. Die Bundesregierung hat das Angebot der Gewerkschaften für ein Bündnis für Arbeit ausgeschlagen und damit eine Verschärfung der gesellschaftlichen und sozialen Konflikte heraufbeschworen.

   Die vorgesehene Senkung bzw. Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt unverantwortlich. Und sie ist ein offensichtliches Manöver, den schwachen Koalitionspartner F.D.P. aufzupäppeln. Diese

„Partei der Besserverdienenden" will sich als Steuersenkungspartei profilieren, obwohl die Liberalen mitverantwortlich für die unerträglich gewordene Steuerbelastung der unteren und mittleren Einkommen sind. Darüber hinaus bleibt völlig offen, wie diese zusätzliche Finanzierungslücke seriös geschlossen werden soll.

2. Die Entscheidung zur Einheit Deutschlands war politisch richtig. Die wirtschaftlichen Weichenstellungen aber waren falsch. Nach wie vor fehlt ein finanz- und wirtschaftspolitisches Konzept. Der Aufschwung Ost kommt zum Erliegen, obwohl der Aufbau Ost noch längst nicht abgeschlossen ist. Die Arbeitslosigkeit hat ein dramatisches Ausmaß erreicht. Angesichts dieser Situation ist eine weitere Kürzung der Unterstützung für die neuen Länder unverantwortlich und kurzsichtig.

   Noch immer ist die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern kein selbsttragender Prozeß, noch immer ist sie von hohen gesamtstaatlichen Transfers abhängig. Künftig geht es nicht mehr um eine Pauschalförderung für die neuen Länder. Es gilt jetzt, die stärker entwickelten Teile der ostdeutschen Wirtschaft dem Markttest auszusetzen und neue Wege der Absatzförderung zu beschreiten. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen in den kritischen Bereichen intensiviert und konzentriert werden.

   Die wirtschaftliche Zukunft der neuen Bundesländer ist mit dem ökologischen Strukturwandel und der Entstehung ökologischer Zukunftsbranchen eng verbunden. Der wichtigste Schritt in diese Richtung ist die ökologische Reform des Steuersystems. Einhergehend damit können durch eine Senkung der Lohnnebenkosten der Kostendruck auf den Einsatz von Arbeitskraft verringert und die Möglichkeit für arbeitsplatzschaffende Investitionen erhöht werden. Damit werden Spielräume für eine weiterhin moderate Lohnpolitik geschaffen. Dies kann zu einer Verbesserung der Ertragssituation der ostdeutschen Unternehmen beitragen. Darüber hinaus sind die Voraussetzungen für eine verstärkte Verwirklichung von Investivlohnvereinbarungen zu verbessern, um die Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenskapital zu fördern.

3. Das sog. Sparpaket wird allen Ankündigungen zum Trotz weder die Beschäftigung fördern noch die Konjunktur ankurbeln. Stattdessen werden einschneidende Kürzungen vorgenommen, denen jedes Gespür für soziale Ausgewogenheit fehlt. Mittlerweile glaubt die Bundesregierung selbst nicht mehr daran, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 halbieren zu können, wie sie noch zu Jahresbeginn behauptet hat. Die Bundesregierung hat im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit kapituliert. Sie ist weder willens noch in der Lage, irgendwelche Arbeitsplatzeffekte der einzelnen Spar- und Aktionsprogrammvorhaben auch nur annähernd zu quantifizieren.

Gegen die Hauptursache der anhaltenden Krise der öffentlichen Finanzen hat die Bundesregierung keine Konzepte. Die konservative Wirtschafts- und Finanzpolitik ist angesichts millionenfacher Erwerbslosigkeit an ihre Grenzen gestoßen. Jetzt, da so viele Menschen wie nie zuvor auf ein tragfähiges soziales Netz angewiesen sind, zerreißt die Bundesregierung die Maschen, anstatt sie neu zu knüpfen.

Mit dem Vorhaben eines raschen Abbaus der Arbeitsförderung Ost versucht die Bundesregierung auf radikale Weise Normalität zu verordnen, wo immer noch eine Sondersituation besondere Hilfen erfordert. Sie zerstört damit die Hoffnungen Hunderttausender auf einen sinnvollen Arbeitsplatz. Sie verkennt zudem die Bedeutung der von den Beschäftigten des zweiten Arbeitsmarktes erbrachten erheblichen Wertschöpfung für Ostdeutschland. Diese Wertschöpfung entsteht in Bereichen wie Jugendarbeit, soziale Dienste, Natur- und Landschaftsschutz, die dringend darauf angewiesen sind und die keinerlei Chance haben, die entsprechenden Leistungen zu Marktpreisen zu kaufen.

Die Untergrabung des Generationenvertrages ist ein folgenschwerer Anschlag auf das soziale Gemeinwesen. Wer Alte und Kranke lediglich als Finanzmasse ansieht, hat die Solidarität und das soziale Klima längst aus dem Auge verloren. Wer Einsparungen auf Kosten der Frauen vornehmen will, verschärft die ohnehin bestehende Benachteiligung. Wenn jetzt den jungen Menschen die Perspektive genommen wird, verliert dieses Land seine Zukunftsfähigkeit. Dies gilt insbesondere für die Jugend in den neuen Bundesländern. Aber gerade sie hat Anspruch darauf, daß die Bundesregierung ihrer Verantwortung und Verpflichtung für das Gelingen der deutschen Einheit gerecht wird.

4. Die Chance eines ökologisch orientierten Neuanfangs nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaft wurde verpaßt. Im Westen beklagte Fehlentwicklungen werden im Osten wiederholt. Der im Osten bestehende Handlungsdruck wird sogar mißbraucht, um das Umweltbewußtsein und die erreichten Umweltstandards zurückzudrängen. Der Ausbau der Infrastruktur ist ein besonderes Kapitel ökologischer Versäumnisse und ungenutzter Chancen. So wird die Schieneninfrastruktur nur zögernd modernisiert, teilweise sogar abgebaut. Mit dem Geld, das in einzelne teuere, ökologisch bedenkliche Prestigeobjekte wie den Transrapid gesteckt wird, könnte das gesamte Schienennetz im Osten modernisiert werden. Autobahnen wie die A 20 sollen stattdessen die Fernverbindungen sichern. Für die erwartete Güterverkehrslawine gibt es kein umweltverträgliches Konzept. Die Sanierung der innerstädtischen Bausubstanz wird vernachlässigt zugunsten des Flächenfraßes an den Stadträndern. Dem Autoverkehr wird Vorschub geleistet, während für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs das Geld fehlt. Die Auflösung der LPGen bot die Gelegenheit zu einer ökologischen, an den Interessen der Verbraucher

und Verbraucherinnen ausgerichteten Landwirtschaft. Ökologische Stadtentwicklung, Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme, dezentrale Energieerzeugung und ökologische Landwirtschaft sind die Entwicklungsfelder, die dauerhafte Beschäftigung in der Region bieten – Arbeitsplätze, die nicht am Tropf von westdeutschen Subventionen hängen, sondern erfolgreich für den regionalen, gesamtdeutschen und internationalen Markt produzieren.

5. Zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl läßt die Kohl-Regierung keinerlei zukunftstauglichen Lösungsansätze und Konzepte erkennen. Sie versucht sich bis zum Wahltag durchzuwursteln. Danach soll der Abbau des Sozialstaats erst richtig beginnen. Es besteht die Gefahr, daß die Entwicklung in Ostdeutschland instrumentalisiert wird, um langjährige Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft in ganz Deutschland zu zerschlagen. Dann geht es nicht mehr um Kürzungen der Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, dann geht es um die Löhne selbst. Dann geht es nicht mehr um tariflich geregelte Mehrarbeit, sondern um die Flächentarifverträge. Eine solche Attacke auf soziale Errungenschaften, die immer wesentlicher Bestandteil der Qualität des Standortes Deutschland waren, wird nicht ohne Folgen für unser Gemeinwesen bleiben. Sie wird einhergehen mit einem weiteren Abbau von Bürgerrechten und kann die Auflösung unserer gesellschaftlichen Werte verstärken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Solidaritäts- und Transferleistungen für die neuen Länder in den kommenden Jahren beizubehalten; den Solidaritätszuschlag auf absehbare Zeit nicht zu kürzen. Ein zukünftiger Abbau muß an nachvollziehbare Fortschritte bei der wirtschaftlichen Angleichung und an einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern gebunden werden;

2. eine Aktualisierung der wirtschaftlichen Förderstrategie in Angriff zu nehmen, die den erkennbaren Fehlentwicklungen gegensteuert, die Unübersichtlichkeit beseitigt, Inkonsistenzen abbaut und die sich auf die Hauptschwachstellen der ostdeutschen Wirtschaft konzentriert. Notwendig dazu ist ein zielorientiertes Konzept, um den Aufbau einer leistungsfähigen, beschäftigungsintensiven und ökologisch angepaßten mittelständischen Wirtschaft zu unterstützen, insbesondere durch

   – die Förderung eines funktionsfähigen Marktes für risikotragendes Eigenkapital

   – die Konzentration der Investitionsförderung auf das exportorientierte verarbeitende Gewerbe,

   – die Verstärkung von Forschung und Entwicklung innerhalb und außerhalb der Hochschulen sowie die Er-

leichterung des Zugangs für kleine und mittlere Unternehmen zu deren Ergebnissen. Eine Neuauflage der Programme zur ostdeutschen Forschungsförderung ist dringend geboten,

– verstärkte Anstrengungen zur Verbesserung der Managementqualität junger Unternehmen;

die Regionalförderung den ostdeutschen Problemlagen entsprechend konzeptionell zu erneuern. Wirtschaft- und Arbeitsförderung müssen besser miteinander verzahnt werden, deutsche und europäische Förderkonzeptionen aufeinander abgestimmt werden;

die notwendige ökologische Orientierung und die Entstehung ökologischer Zukunftsbranchen durch eine baldige ökologische Reform des Steuersystems zu unterstützen. Entsprechende Vorschläge für die Einführung einer Energiesteuer, einer Ökosteuer und für den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen liegen auf dem Tisch und sind in ein entsprechendes Konzept zu überführen, das den Umweltverbrauch belastet, Arbeitskosten entlastet, Spielraum für eine grundlegende Einkommen- und Unternehmensteuerreform gibt und den ökologischen Umbau fördert;

3. die Arbeitsförderung für die neuen Länder nicht abreißen zu lassen. Reformen müssen auf Verbesserungen der arbeitsmarktlichen Wirkungen und nicht auf vordergründige Mitteleinsparungen ausgerichtet werden;

   die Arbeitsförderung ist um Instrumente der Frauenförderung zu erweitern mit dem Ziel, den Anspruch der Frauen auf gleiche Teilhabe an der Erwerbsarbeit durchzusetzen. Frauen sind an den aktiven Maßnahmen der Arbeitsförderung entsprechend ihrem Anteil an der jeweiligen Zielgruppe von Erwerbslosen zu beteiligen;

   die kontinuierliche und langfristige Bereitstellung eines auswahlfähigen Angebots an Lehrstellen zu sichern, Wettbewerbsverzerrungen zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben aufzuheben, um damit die Zuverlässigkeit einer tatsächlich dualen Ausbildung zu garantieren;

4. ein „Aktionsprogramm für ökologische Investitionen, zukunftsgerichtete Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit" vorzulegen. Dazu gehört eine neue, ökologisch und sozial sinnvolle Produktionen und Produkte fördernde Technologiepolitik, eine Qualifikations- und Kreativitätsoffensive, eine Dezentralisierung von Regional- und Strukturpolitik sowie eine kundenfreundliche, effizient und transparent agierende Verwaltung;

5. ein langfristig angelegtes Programm zur Sanierung von Umweltlasten gemeinsam mit den neuen Ländern in Angriff zu nehmen, das die ökologischen Standortbedingungen weiter verbessert und verläßliche Grundlagen für die Entwicklung in diesen Bereichen tätiger Unternehmen schafft. Insbesondere die Anstrengungen zur Sanierung der Braunkohlereviere müs-

sen auch in den kommenden Jahren in der bisherigen Intensität weitergeführt werden. Ostdeutschland kann und sollte ein EU-weit einzigartiges Referenzprodukt für nachhaltiges Wirtschaften und Umweltsanierung werden. Die radioaktiven Uranbergbauhalden der SDAG Wismut, die kontaminierten Flächen in den Chemieregionen, die zahlreichen Industriebranchen, die Braunkohletagebauhinterlassenschaften, die Schadstoff- und Giftmülldeponien, die mit Gülle, Klärschlamm und Chemiedünger strapazierten Böden müssen entsorgt und rekultiviert werden. Das bietet die große Chance für den Aufbau einer weltweit führenden Umweltbranche in Ostdeutschland, die durch nachweisbare Kompetenz Wettbewerbsvorsprünge auf den internationalen Märkten gewinnt;

6. den Sozialstaat auf eine neue Finanzierungsgrundlage zu stellen. Es ist zu prüfen, mit welchen Mitteln die Finanzierungsbasis der Sozialversicherung durch die Einbeziehung neuer Personenkreise wie Selbständige oder Beamte erweitert werden kann. Die Kürzungen von Sozialleistungen sind zurückzunehmen, da sie ungeeignet sind, zur Beschäftigungssicherung und -ausweitung beizutragen, und zudem die Leistung ungerecht verteilen.

Bonn, den 30. September 1996

Werner Schulz (Berlin)
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333